# Energiewende im Fokus: Digitalministerin Gerlach legt den Schwerpunkt auf Smart Cities und klimaneutrale Rechenzentren / „Bayern wird zum modernen Digitalstaat“

11. Januar 2023

Bayerns **Digitalministerin Judith Gerlach** hat zum Jahresauftakt 2023 ihre Pläne vorgestellt, Bayern zum **modernen Digitalstaat** auszubauen. Im Fokus dabei: **technologische Lösungen für die Energiewende** zum Nutzen von Wirtschaft und Kommunen im Freistaat.

Gerlach erklärt: „Wir machen Bayern durch den Ausbau unserer **digitalen Heimat** zum **modernen Digitalstaat**. Entscheidend ist, dass innovative Technologien vom Staat so selbstverständlich genutzt werden, wie das in der Privatwirtschaft schon üblich ist – vom Cloud Computing bis zum Einsatz Künstlicher Intelligenz.“

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten zählt dabei die **Weiterentwicklung der Kommunen zu Smart Cities**. Zentrales Werkzeug dafür wird die Einführung sogenannter **„Digitaler Zwillinge“** sein. Solche virtuellen Modelle etwa einer Gemeinde oder einer Stadt erlauben die Simulation verschiedenster Vorgänge, wie z.B. dem Straßenverkehr, und bieten so Entscheidungshilfe für Kommunen zur Verbesserung der Abläufe, wie z.B. der Steigerung der Energieeffizienz in den Städten. Aktuell werden **im Projekt „TwinBy – Digitale Zwillinge für Bayern“** bis zu 20 Vorhaben bayerischer Kommunen gesucht, mit denen solche digitalen Zwillinge entwickelt werden. Das Digitalministerium investiert hier rund 1 Million Euro in Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die teilnehmenden Kommunen und bietet zusätzlich eine Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Energiekrise treibt die Ministerin auch den **Aufbau klimaneutraler Rechenzentren** voran. Derzeit entwickelt das Digitalministerium gemeinsam mit der Universität Passau im Rahmen eines Modellprojekts das **„Bavarian Green Data Center“.** Hier wird ein Modell gebaut, das verschiedene Technologien zusammenführt: von Photovoltaik über energieeffiziente Server-Kühlung, einer Optimierung der Serverauslastung mithilfe von künstlicher Intelligenz bis hin zur Nutzung der Abwärme der Server zum Beispiel für den Anbau von Gemüse. Das Projekt soll dann als Vorbild für andere Rechenzentren dienen.

Mit mehreren **lokalen Modellprojekten unterstützt das Digitalministerium zudem Nachhaltigkeit vor Ort**. Die im Rahmen des Wettbewerbs „Kommunal? Digital!“ ermittelten Projekte werden im Jahr 2023 weiter Schritt für Schritt umgesetzt. So entwickelt die Stadt Bamberg aktuell ein Modell, bei dem Drohnen den städtischen Baumbestand im Blick zu behalten. Nach Stürmen oder in Hitzephasen geben die Sensoren wertvolle Hinweise, um weitere Schäden zu vermeiden. Im Markt Luhe-Wildenau entsteht der Bauhof 2.0. Künftig können damit teure Spezialmaschinen, die manchmal nur an wenigen Tagen im Jahr genutzt werden, digital koordiniert an andere Gemeinden ausgeliehen und so optimal genutzt werden.

Die Ministerin betont, das Bayerische Digitalministerium habe sich seit seiner Gründung vor vier Jahren zum Treiber der Digitalisierung in Bayern entwickelt und bereits vieles erreicht: „Wir treiben den Ausbau des schnellen Internets mit dem neuen ‚**Pakt Digitale Infrastruktur‘** voran. Wir haben bereits jetzt rund **98 Prozent der zu digitalisierenden Serviceangebote des Freistaats** abgeschlossen. Und wir kümmern uns darum, dass die **Menschen beim digitalen Wandel auch mitgenommen** werden, etwa durch Projekte für Ehrenamtliche und Vereine. Wir stellen den **Mensch in den Mittelpunkt der Digitalisierung**.“

Die **Modernisierung der Verwaltung in der Fläche** wird dabei weiter vorangetrieben. Rund 200 Kommunen haben hier schon die Auszeichnung „Digitales Amt“ erhalten. Bis zum Herbst sollen alle bayerischen Kommunen eine relevante Anzahl digitaler Services für ihre Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen anbieten, so dass die Digitalisierung spürbar in die Fläche kommt. Unterstützt werden sie künftig mit einem vom Ministerium bereitgestellten Bündel von über **200 digitalen Serviceleistungen („BayernPackages“)**. Diese Leistungen müssen die Kommunen nur noch bei sich einbinden. Sie sind für die Gemeinden, Städte und Landreise weitgehend kostenlos und betreffen alle Lebensbereiche – von der Geburts- über die Ehe- bis zur Sterbeurkunde.

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers